

Wir erwarten von den Unternehmen

Damit das faire und grüne Image nicht wie bisher nur zum Schmücken von Werbeprospekten dient, fordert die CCC von Unternehmen:

- Setzen Sie den Verhaltenskodex der CCC bei Ihren Zulieferern um und lassen Sie dies durch eine externe, unabhängige Instanz kontrollieren.
- Unterstützen Sie die asiatische Grundlohnkampagne für einen existenzsichernden Lohn.
- Verändern Sie Ihre Einkaufspraktiken, so dass Ihre Lieferanten Sozialstandards einhalten können.
- Stellen Sie Transparenz her: Nennen Sie Ihre Lieferanten in den Produktionsländern.
- Sozialstandards müssen in Produktion und Verkauf eingehalten werden, insbesondere: Zahlung existenzsichernder bzw. tariflicher Löhne für alle geleisteten Arbeitsstunden, Organisationsfreiheit der Beschäftigten und Zugangsrechte für Gewerkschaften zu Betriebsstätten.

Über Spenden freuen wir uns:
Kampagne für Saubere Kleidung

c/o INKOTA-netzwerk e.V

KD-Bank

BLZ 350 601 90

Kto.-Nr.: 1 555 000 029



Wir erwarten von der EU und der Bundesregierung

Für wirksame Unternehmensverantwortung kann der Gesetzgeber wie folgt sorgen:

- Haftbarmachung: In der EU ansässige Unternehmen müssen für die Auswirkungen ihrer Geschäftstätigkeit auf Umwelt und Menschen haftbar gemacht werden können.
- Informationspflicht: Unternehmen müssen über die Auswirkungen ihrer Geschäftstätigkeit auf Umwelt und Menschen jährlich berichten und ihre Lieferketten offen legen.
- Rechtsschutz: Durch europäische Unternehmen Geschädigte müssen leichteren Zugang zu den Gerichten in den Auftragsländern haben.

Kontaktadresse:

Kampagne für Saubere Kleidung

c/o VEM, Rudolfstraße 135

42285 Wuppertal

ccc-d@vermission.org

Unterschreiben Sie unseren Aufruf:

www.saubere-kleidung.de

Text: Gisela Burckhardt, Christopher Schmidt



Rechte für Menschen Regeln für Unternehmen



Die Discounter Aldi, Lidl, KiK

Discounter wie Aldi, Lidl oder KiK erzielen mit dem Kleidungsverkauf in Deutschland Umsätze in Milliardenhöhe. Da immer mehr Kunden sauber hergestellte Produkte wollen, werben Discounter vermehrt mit ihrer sozialen Unternehmensverantwortung. Sie weisen darauf hin, dass ihre Zulieferer in Produktionsländern wie China oder Bangladesch grundlegende Sozialstandards einhalten müssen. Die Realität sieht allerdings ganz anders aus, wie die Kampagne für Saubere Kleidung in einer Untersuchung bei vier Lieferanten von Lidl in Bangladesch festgestellt hat. Im April 2010 wurde deshalb Klage gegen Lidl wegen Täuschung der VerbraucherInnen eingereicht. Die Folge: Lidl zog seine Werbung zurück.



Näherin, Lidl Zulieferbetrieb

„Ich wurde von einem Vorgesetzten getreten und fiel vom Hocker auf den Boden. Noch heute habe ich Schmerzen. Der Vorgesetzte schlug einem Mädchen ins Gesicht. Ich kann gar nicht über all meinen Kummer sprechen.“

Schönfärberei

Aldi und Lidl sind Mitglieder bei der Unternehmensinitiative Business Social Compliance Initiative, die laut eigener Aussage bei ihren Zulieferern die Einhaltung von Sozial- und Umweltstandards erreichen will. Allerdings soll dies freiwillig geschehen. Die Mitglieder der BSCI verpflichten sich nicht, die Einhaltung dieser Standards bei ihren Zulieferern zu garantieren. Freiwillige Sozialstandards haben aber bisher zu keiner entscheidenden Verbesserung der Arbeitsbedingungen in den Produktionsländern geführt. Was auf dem Papier gut aussieht, ist reine Schönfärberei: Niedrigpreise und faire Arbeitsbedingungen stehen im Widerspruch!



Näherin aus einem Lidl Zulieferbetrieb

„Unser Aufseher gibt uns vor, wie viele Stücke pro Stunde wir nähen müssen. Wenn wir das Ziel nicht erreichen, zwingt er uns, länger zu arbeiten, das kann bis 8 Uhr abends gehen. Der Druck ist groß. Sie behandeln uns Frauen wie Vieh, schreien uns an und schlagen uns ins Gesicht.“

Menschenverachtende Arbeitsbedingungen

NäherInnen aus Zulieferbetrieben von Lidl in Bangladesch berichteten 2009/2010 von Arbeitsbedingungen, die weit entfernt sind von den behaupteten Sozialstandards:

- Oft wird bis zu sieben Tage in der Woche gearbeitet.
- Wenn Zeitdruck besteht, werden unfreiwillige Nachtschichten von der Firmenleitung angesetzt.
- Zwei Überstunden pro Tag sind die Regel, auch diese sind nicht freiwillig.
- Stundenzettel werden geändert, die Abrechnung von Überstunden ist nicht transparent.
- Der gesetzlich festgesetzte Mindestlohn reicht nicht zum Überleben aus.
- Versuche, sich gewerkschaftlich zu organisieren, werden mit Drohungen, Schlägen und Entlassungen beantwortet.
- Die Beschäftigten sind der Willkür der Vorgesetzten ausgesetzt.